

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neumann 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 15. November 1892.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Dabbe, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max
Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Das Turnwesen der höheren Lehr- anstalten.

Die vielfachen Veränderungen, welche auf dem Gebiete des Turnwesens bei den höheren Lehranstalten der Monarchie seit dem im Jahre 1882 darüber angefertigten, dann 1890 zum Theil zeitgemäß berichteten Zusammenstellungen eingetreten sind, liegen es — besonders auch mit Rücksicht auf die Forderungen, welche die neuen Lehrpläne vom 6. Januar d. J. an den Umfang und den Betrieb des Turnunterrichts stellen — der Unterrichtsverwaltung geboten erscheinen, von neuem genaue Erhebungen über dessen tatsächlichen Zustand an jeder einzelnen der genannten Schulen zu veranlassen. Zu dem Zwecke wurde den Anstaltsleitern die Ausfüllung von Fragebogen aufgegeben, in denen sie bezüglich ihrer Schule bestimmte Auskunft über diejenigen Punkte zu geben hatten, deren Feststellung für die Unterrichtsverwaltung aus einem oder dem andern Grunde von Werth war. Nachdem die ausgefüllten Fragebogen mit den von den Provinzial-Aufsichtsbehörden geprüften Angaben im August d. J. im Unterrichts-Ministerium eingegangen und aus diesen dort Zusammenstellungen für die einzelnen Provinzen und die gesammte Monarchie angefertigt worden sind, kann über das Ergebnis der Erhebungen, soweit es sich kurz zusammenfassen läßt und allgemeineres Interesse beanspruchen dürfte, folgendes mitgeteilt werden:

Die 522 höheren Lehranstalten, die unter der Aufsicht der 12 Provinzial-Schulcollegien stehen, wurden zur Zeit der Umfrage mit Ausnahme der Vorherrschaften von insgesamt 140 285 Schülern besucht. Von diesen waren 9079, also nicht ganz 6,5 Prozent, vom Turnunterricht überhaupt befreit, und zwar 6791 auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, 2188 aus anderen Gründen, während 1612, also 1,1 Prozent, an einzelnen Lehranstalten nicht theilnahmen. In den einzelnen Provinzen stellt sich der Prozentsatz der vom Turnen überhaupt befreiten Schüler folgendermaßen: Hannover 3,6, Hessen-Nassau 4,7, Schleswig-Holstein 5, Preußen 5,3, Sachsen 6, Posen 6,9, Pommern 7,1, Sachsen 7,2, Westfalen 8,5, Westpreußen 9,7; der Prozentsatz der an einzelnen Lehranstalten nicht theilnehmenden Schüler bleibt in fünf Provinzen unter 1 und steigt in den sieben anderen zwischen 1 und 2,5. Im ganzen zeigt dies Ergebnis gegenüber den in den Jahren 1882 und 1890 ermittelten Zahlen einen nicht geringen Fortschritt. Daß aber im einzelnen in dieser Beziehung noch manches zu wünschen bleibt, wird durch die Thatsache erwiesen, daß an einer Reihe von höheren Lehranstalten, besonders in den großen Städten, die Zahlen der nicht turnenden Schüler noch immer zu hoch sind und zu denen anderer Schulen — sogar an demselben Orte — in keinem richtigen Verhältnisse stehen. So geben sie — neben verschwindend kleinen Zahlen — in Sachsen in einer Anstalt bis zu 21,8 Prozent, in der Rheinprovinz bis zu 30 Prozent, in Westfalen bis zu 32,4 Prozent. Allerdings beruhen in den meisten dieser Fälle die örtlichen Verhältnisse der Theilnahme außerordentlich hoher Schüler an Turnunterrichte besondere Schwierigkeiten, deren Ueberwindung zu erstreben bleibt.

Für das Turnen im Freien stehen bei 289 Anstalten Turnplätze zur Verfügung, von denen etwa die Hälfte unmittelbar bei dem Schulhause liegt; bei 207 Anstalten können dazu Schulhöfe benutzt werden, deren Größe und Ausnutzung freilich mehrfach nur die Vornahme einzelner Übungsarten und Gruppen gestattet. Die Möglichkeit, den Turnunterricht, wie es bei günstigem Wetter in der Regel geschehen soll, im Freien abzuhalten, ist also bei etwa 5 Prozent der Anstalten noch nicht gewonnen. Die Zahl der Turnhallen hat sich seit dem Jahre 1882 erheblich gehoben; zur Zeit kann bei 472 höheren Lehranstalten in einer Halle geturnt werden. Allerdings entsprechen von diesen Hallen nicht wenige nur bescheidenen Ansprüchen, manche auch überhaupt nicht mehr den gesteigerten Anforderungen der neuen Lehrpläne, bei deren Vorschritt, daß jeder Schüler wöchentlich drei Turnstunden haben soll, unter Umständen unvermeidlich werden kann, daß die Turnhalle auch von zwei Abtheilungen gleichzeitig benutzt wird. Von diesen 472 Anstalten haben 309 eigene Turnhallen, und zwar 282 solche in unmittelbarer Nähe des Schulhauses; dagegen müssen sich 163 in die Veranlagung der Turnhalle mit anderen Schulen theilen, und bei 128 von ihnen bereitet deren entfernte Lage noch besondere Schwierigkeiten für den gesammten Unterrichtsbetrieb. Bei der kleineren Hälfte der Anstalten, die über eine Turnhalle noch nicht verfügen, wird im Winter in einem anderweitigen geschlossenen Räume geturnt; ganz ausfallen muß aber der Turnunterricht im Winter noch an 26 (meist kleineren) öffentlichen höheren Schulen, von denen allein 10 auf die Rheinprovinz kommen. Die Zahl der Anstalten ohne Winterturnen belief sich im Jahre 1882 noch auf etwa 80.

Während an den 522 Anstalten im Sommer d. J. insgesamt 5479 getrennt zu unterrichtenden Schülern befanden, waren an den 131 206 am Turnen theilnehmenden Schülern im Ganzen 2923 Turnabtheilungen von sehr verschiedener Größe gebildet, auf die — von den besonderen Vorturnerunden abgesehen — im Ganzen 7638 wöchentliche Turnstunden kamen. Die jetzt vorgeschriebenen drei wöchentlichen Turnstunden für alle Schüler waren bereits bei 364 Anstalten eingerichtet, während 158 damit noch im Rückstande waren; (vergl. Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen zu den neuen Plänen unter 13). Auch in den neuen Lehrplänen hinsichtlich der Gestaltung des Turnunterrichts auf der Unter- und Mittelschule einerseits und der Zulässigkeit des Regenturnens auf der Oberstufe andererseits enthaltenen Vorschriften konnte aus äußeren Gründen bisher nur zum Theil entbrochen werden; eine gleichmäßige Regelung des Turnbetriebes in dieser Beziehung wird dem nächsten Schuljahre vorzubereiten sein.

Mit Turnunterricht betraut sind zur Zeit etwa 1240 Lehrer (gegen etwa 870 im Jahre 1882 und 1080 im Jahre 1890); eine ganz genaue Angabe ist deshalb unmöglich, weil in größeren Städten mehrfach dieselben Lehrer an mehreren Anstalten Turnunterricht zu erteilen haben, und so dieselben Personen an verschiedenen Stellen unter den Turnlehrern mitgezählt wurden. Von der Gesamtzahl der Turnlehrer erteilen selbst Lehrer waren 1064 Lehrer der Anstalt selbst (674 mit akademischer, 390 mit semiaffirmativer Bildung), während die übrigen etwa 170 als dem

Lehrkörper nicht angehörige Hilfskräfte bezeichnet werden. Ein besonderes Zeugnis über ihre Vorbildung für den Turnunterricht, sei es durch Theilnahme an einem Kursus der Turnlehrer-Bildungsanstalt, sei es durch Ablegung der Turnlehrerprüfung, besitzen von den ermittelten 1064 Lehrern 701, von den letztgenannten Turnlehrern etwa sechs Siebentel. Die Zahl der akademisch gebildeten Lehrer, die auch Turnunterricht erteilen, ist im Laufe der Jahre zwar nicht gleichmäßig in den verschiedenen Provinzen, aber im Ganzen recht erheblich gestiegen, und obwohl neuerdings wieder in Folge der neuen Lehrpläne hier und dort auch Lehrer mit Turnunterricht betraut worden sind, die ein Turnlehrerzeugnis bisher noch nicht erworben haben, ist doch der Prozentsatz solcher von 41,3 Prozent im Jahre 1882 jetzt schon auf 31,1 Prozent zurückgegangen. Es darf gehofft werden, daß die Einrichtung von halbjährigen Kursen zur Ausbildung von Turnlehrern außer in Berlin auch in Halle, Breslau, Königsberg i. Pr. und Bonn darin noch weitere Fortschritte herbeiführen wird.

Für den Betrieb von Jugendspielen sind bei der überwiegenden Mehrzahl der Anstalten besondere Stunden angelegt; nur in den Provinzen Posen, West- und Ostpreußen sind die Anstalten mit derartigen Einrichtungen noch in der Minderheit. Die Pflege der Jugendspiele ist aber an den einzelnen Schulen, was die Zahl der ihr gewidmeten Stunden, die für diese seitens der Schule getroffenen Anordnungen, die Vetheiligung der Schüler nach Zahl und Alter u. s. w. anlangt, so verschieden, daß darüber eine zusammenfassende Angabe zur Zeit noch nicht möglich ist. Thatsache ist, daß erfreulicher Weise der hohe Werth der Bewegungsspiele für die Erfrischung und Kräftigung der Jugend immer mehr anerkannt wird.

Gelegenheit, das Schwimmen zu erlernen und zu üben, haben die Schüler von 457 Anstalten. Das Lehrer der Schule selbst den Schwimmunterricht erteilen, ist freilich verhältnismäßig selten; wohl aber bestehen bei 73 Anstalten zu dem diesem Zwecke dienenden Einrichtungen irgend welche bestimmte Beziehungen. Für die Schüler von 65 Anstalten ist leider durch die örtlichen Verhältnisse die Möglichkeit, das Schwimmen zu erlernen oder zu üben, ausgeschlossen.

Was schließlich die Vereinigung von Schülern zur Pflege des Turnens, des Turnspiels und verwandter Leibesübungen betrifft, so bestehen solche mehr in den westlichen als in den östlichen Provinzen. Nach den Angaben, die darüber von den einzelnen Anstalten gemacht worden sind, waren im Ganzen 78 Schülerturnvereine vorhanden, aus deren Mitgliedschaften meist die Vorturner für das Regenturnen genommen wurden und die dadurch auch für den gesammten Turnbetrieb der betreffenden Anstalt nutzbar gemacht werden konnten. An 12 Anstalten befanden sich Kadervereine, an einigen zwanzig Vereinigungen für Bewegungsspiele, darunter 17 zur Pflege des Fußballspiels. (Reichs-Anzeiger.)

Deutschland.

*** Berlin, 15. November. Die drei dem Landtage vorliegenden Steuerentwürfe sind in der Allerhöchsten Ordre vom 2. d. Mts., welche das Staatsministerium zur Einbringung derselben nebst der zugehörigen Denkschrift ermächtigt, zusammengefaßt. Diese Ordre ist daher allen drei Entwürfen vorgelegt, derjenige Entwurf aber, welchen die Druckerei enthält, durch festen Druck hervorgehoben. Es wird dadurch auch äußerlich der untrennbare Zusammenhang aller drei Vorlagen hervorgehoben. Wenn demgegenüber in der Presse betont wird, daß diese Form nicht die Bedeutung habe, daß nunmehr über alle drei Gesetze zusammen abgestimmt werden müßte, sondern über jedes Gesetz eine besondere Abstimmung stattfinden habe, so ist dies der Form nach unzulässig richtig. Ebenso richtig aber ist es, daß die Ablehnung einer der drei Vorlagen gleichbedeutend mit dem Nichtzustandekommen der anderen beiden ist. Daß ist auch in aller Form in dem Text der drei Gesetzentwürfe zum Ausdruck gebracht, welche die Klausel enthalten, daß der eine nur gleichzeitig mit dem anderen im Leben treten kann. Insbesondere sind durch diese Klausel auch die beiden Gesetzentwürfe über die Aufhebung bestehender Staatssteuern und die Einführung einer Ergänzungsteuer in untrennbare Zusammenhänge gesetzt. Insofern besteht ein bemerkenswerter Unterschied zwischen dem jetzigen Steuerentwurf und denen von 1890, welche formell durch eine solche Klausel nicht verbunden waren und von denen jede für sich eine selbständige Bedeutung besaß und durch die andere nicht bedingt war. Man wird daher aus dem Verzicht auf die Erbschaftsteuer nicht, wie es in der Presse gelegentlich geschieht, auf den Abschluß dürfen, daß jetzt auch ein Glied aus dem Gesamtplan ohne Schädigung der andern herausgehoben werden dürfe. Man wird sich in der Landesvertretung vielmehr darüber klar sein müssen, daß die Aufhebung der Ertragsteuern als Staatssteuern nur zu erlangen ist durch Zustimmung zu der Ergänzungsteuer. Angesichts der beträchtlichen finanziellen Vorteile, welche Grundbesitz und Gewerbebetrieb, also die im engeren Sinne produktiven Elemente der Bevölkerung und zugleich diejenigen, welchen durch die Sozialgesetzgebung im Reich die meisten Lasten auferlegt sind, von dem Ertrage der Ertragsteuern durch die Vermögenssteuer haben werden, wird die Entscheidung nicht zweifelhaft sein können.

*** Dem Vernehmen nach wird sich die Ergänzung, welche die Position betrifft des Zuschusses des Reichs zu den Invaliden- und Altersrenten im Reichshaushaltetat für 1893—94 erfahren wird, auf nahezu 34 Millionen belaufen, also nur wenig mehr betragen, als die Steigerung des Postens von 1891—92 auf 1892—93 ausmachte. Im Etat für 1891—92 waren zu dem gebachten Zwecke 6,2 Millionen ausgeworfen, 1892—93 waren es 9,2 Millionen und 1893—94 werden es 12,6 Millionen sein. Im ersten Jahre des Inkraftstehens des Invaliden- und Altersversicherungsgesetzes handelte es sich fast ausschließlich um Altersrenten. Es war denn auch damals für den Reichszuschuß zu Invalidenrenten kein Betrag vorgesehen. Im laufenden Etat waren von den 9,2 Millionen 7,5 für Altersrenten und 1,7 für Invalidenrenten bestimmt. Nach den Zahlen, welche über die Bewilligung von Invalidenrenten seit dem 22. November 1891 von amtlicher Seite veröffentlicht sind, ist nicht

anzunehmen, daß der als Zuschuß zu dieser Rententart in Aussicht genommene Betrag aufgebracht werden wird. Trotzdem werden von den 12,6 Millionen 4,9 zur Bestreitung der Zuschüsse zu Invalidenrenten verlangt werden. Die Festsetzung dieser Summe ist nach denselben Grundbegriffen vorgenommen, wie diejenige des Jahres 1892—93, weil angenommen werden muß, daß aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen eine ganze Anzahl berechtigter Ansprüche auf Bewilligung von Invalidenrenten noch nicht zur Anmeldung gelangt sind, daß dieselben jedoch später nachfolgen werden.

*** Wie bereits bekannt ist, hat der Bundesrat in seiner letzten Sitzung einen Antrag des Reichstages auf Abänderung der Anlage F zur neuen Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen. Es handelt sich bei dieser Abänderung darum, Verfügungen der Abseher von Gütern als zulässig zu erklären, auf Grund deren das Gut über die ursprüngliche Bestimmungsstation hinaus oder von einer Unterwegsstation nach einer seitwärts gelegenen neuen Bestimmungsstation befördert werden soll. Auf Grund der bisherigen Anlage F zur Verkehrsordnung waren solche Bestimmungen im Gegensaatz zu dem früheren Gebrauch als unzulässig erklärt. In der Septemberversammlung der ständigen Tarifkommission hatte sich dagegen seitens der Verkehrsinteressenten ein lebhafter Widerspruch erhoben. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat befürwortet, daß den Eisenbahnen die Möglichkeit gebührt würde, den Abseher die in diese stehenden weiteren Verfügungen nach wie vor zu gestatten.

— Das „V. L.“ schreibt: „Aus allerbesten Quelle sind wir in der Lage zu versichern, daß sämtliche größeren Bundesstaaten über die Militärvorlage einig sind. Nicht einer derselben hat eine abweichende Meinung geäußert. Es ist somit durchaus hinlänglich, wenn man von der Annahme eines Reichstagesbeschlusses über die Anwesenheit des Königs von Sachsen in Berlin eine entscheidende Wendung in der Frage zu erwarten zu dürfen glaubt. Diese Gerüchte haben eine gewisse Nahrung durch die Behauptung erhalten, daß die Militärvorlage bisher im Plenum des Bundesrates noch nicht beraten worden sei. Diese Behauptung ist aber durchaus unzutreffend. Die Militärvorlage ist am letzten Donnerstag im Bundesrat beraten worden, und wir haben guten Grund zu der Annahme, daß die Beratung im Wesentlichen zu Ende geführt worden ist. Die Militärvorlage wird also am 22. d. Mts. mit der Eröffnung des Reichstages eingebracht werden können. Daß der Bundesrat an derselben einige Änderungen vorgenommen hat, geht schon aus den Auseinandersetzungen des „Militärwochenblatts“ hervor. Unrichtig ist dagegen, daß auch die Steuerentwürfe bereits bei Eröffnung des Reichstages vorliegen werden. Es ist im Augenblick im Bundesrat noch nichts Bestimmtes über dieselben, d. h. also über die Lösung der Bedeckungsfrage bekannt. Das allein genügt, um die Unmöglichkeit der gleichzeitigen Vorlegung der Steuerentwürfe und der Militärvorlage zu erweisen; wahrscheinlich werden diese Reichssteuerentwürfe erst Mitte Dezember an den Reichstag gelangen.“

— Die „Nat.-Ab. Corr.“ schreibt: „Die nationalliberale Fraktion hat am Montag in sehr zahlreich besuchter Versammlung die Beratung der Steuerentwürfe begonnen und in einer mehrstündigen Generaldebatte die Grundzüge der Entwürfe erörtert. Die Verhandlung wird noch mehrere Tage fortgesetzt werden. Die anderen Fraktionen werden Dienstag ihre Beratungen beginnen. Die Stimmung kann, so weit sich bis jetzt ein Urtheil abgeben läßt, bei der großen Mehrheit des Abgeordnetenhauses als eine günstige bezeichnet werden.“

— Im großen Saale der Konföderation in der Anhalterstraße hat gestern Abend um 7 Uhr der sozialdemokratische Parteitag seinen Anfang genommen. Die große Bühne, auf der das Bureau Platz genommen hat, ist vollständig roth drapiert, und das Rednerpult, das im Saale vor der Bühne steht, ist mit rothem Tuch verkleidet. Im Untergrunde der Bühne weht die rote Flagge, welche in Goldschrift die Worte: „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Proletariat aller Länder vereinigt sich!“ trägt. Zu beiden Seiten stehen die lebensgroßen Porträts von Marx und Bakunin auf die Versammlung herab. In der Mitte vor der großen Flagge steht auf einem hohen Sockel eine Statue der Freiheit mit purpurrothem Brustbande geschmückt. Die Abgeordneten der Partei sind ziemlich vollständig erschienen, es fehlt Grilkenberger-Nürnberg, auch von Vollmar ist noch nicht da, kommt aber heute. Weibliche Delegierte sind nur sehr vereinzelt zu sehen, vielleicht drei oder vier, fast sämtlich Berlinerinnen. Auch Delegierte außerhalb Deutschlands sind diesmal weniger stark vertreten. Anwesend sind u. A.: von Kol-Amsterd., sowie Dr. Adler-Wien. Die Zahl der Delegierten beträgt etwa 250. Namens des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei begrüßte Reichstagsabgeordneter Singer die Delegierten. Er erinnerte an den ersten deutschen Parteitag in Berlin vor fünfzig Jahren, bei dem es sich — gegenüber der heutigen Stärke der Partei — um recht bescheidene Verhältnisse gehandelt habe; betrug doch die Einnahme und Ausgabe des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mit seinen paar hundert Mitgliedern damals im Ganzen nur einige hundert Mark. Singer denkt ferner der Verzögerung des Parteitagstages durch die Cholera. (Die Versammlung erhebt sich zu Ehren der an der Cholera gestorbenen Parteigenossen von den Säulen.) Der Parteitag habe ein reiches Arbeitspensum vor sich; wenn die Meinungen zuweilen auch auseinandergehen würden, so könne man doch überzeugt sein, daß Jeder sich von dem Grundsatz leiten lassen werde, das Wohl der Partei sei das höchste Gesetz! Der Redner schloß mit einem Hoch auf die deutsche und die internationale Sozialdemokratie und das Proletariat aller Länder. Zu Vorigen wählte der Parteitag zur Affirmation: Singer-Berlin und Gottlieb-Bremen. Sin-er verließ dann die vom Parteivorstande ausgewählte Geschäftsordnung, welche ohne Veränderung angenommen wurde. Es wird dann über den Entwurf der Tagesordnung diskutiert und verschiedene Änderungen vorgeschlagen. Eine längere Debatte entspinnt sich über den von Frohne-Hamburg gestellten Antrag einer Versprechung der Frage „Wein und Sozialdemokratie“. Frohne zieht den Antrag zurück, nachdem Grünwald-Hamburg und Bebel sich dagegen erklärt haben. Der An-

trag Solingen: Stellung der Partei zum Staatssozialismus, kommt auf Beschluß des Parteitagstages auf die Tagesordnung. Riehnacht wird zum Referenten ernannt und da in der Hauptsache der Fall Vollmar dabei zur Sprache gebracht werden soll, wird zugleich beschlossen, Herrn Vollmar die gleiche Redezeit wie Herrn Riehnacht zu gewähren. Es erfolgt noch die Wahl der Mandat-Prüfungs-Kommission. Herr Singer theilt mit, daß Mittwoch Abend ein großer Kommerz, Donnerstag Nachmittag eine Sitzung und Freitag eventuell eine Abendigung stattfinden wird.

*** Viedentopf, 14. November. (W. L. V.) Bei der heutigen Landtags-Präsidentenwahl im Wahlbezirk 1. Wiesbaden (Viedentopf) wurde nach amtlicher Feststellung Landgerichtsrath Seydewitz (nationalliberal) mit 126 Stimmen einstimmig gewählt.

*** Wilhelmshafen 12. November. Die Kreuzerflotte „Prinzeß Wilhelm“, Kommandant Kapitän z. S. Boeters, stellt am Montag außer Dienst. Das Schiff ist am 16. April 1891 in Dienst gestellt worden und wurde dem Liebungsgeschwader zugetheilt, welchem es bis zum 3. August d. J. angehörte. An diesem Tage wurde das Schiff nach Genoa und dem Mittelmeer detachiert und dem Oberkommando direkt unterstellt. Als Aufgabe war dem Schiff gestellt, Deutschland bei den Columbiuseiern in Italien und Spanien zu vertreten, welchen Auftrages sich S. M. S. „Prinzeß Wilhelm“ glänzend entledigt hat, wie die Allerhöchste Ordre vom 5. September 1892 an den Kommandanten bezeugt. Kapitän z. S. Boeters wird zunächst einen längeren Urlaub antreten und dann das Kommando der 2. Matrosenbrigade übernehmen. Die Mannschafft geht theils auf Schiffe des Liebungsgeschwaders, theils auf S. M. S. „Kaiserin Augusta“, welches nächster Zeit in Kiel gestellt wird, über.

*** Rughafen, 12. November. Die Hafenbauten sind nunmehr etwas beschränkt worden; namentlich wird nicht mehr zur Nachtzeit gearbeitet. Der eiserne Caïsson des östlichen Hafentopfes ist nun so ziemlich fertiggestellt, so daß man sich mit dem Abbruch der riesigen Gerüste desselben beschäftigt. Der einzige Punkt, an dem jetzt noch außer an der Ausschachtung der Erdmassen aus dem Hafentopfe gearbeitet wird, ist die sogenannte Treppentafel, welcher die Verbindung des Caïssons mit dem Lande herstellen und dem ersten Sicherheit geben soll. Der Krabbaggerdampfer „Rughafen“ ist damit beschäftigt, den Grund für den westlichen Hafentopf vorzubereiten, und diese Arbeit wird bei ruhigem Wetter auch während des Winters fortgesetzt werden.

Oesterreich-Ungarn.

*** Die österreichisch-ungarische Regierung wird, wie wir erfahren, bei der Münzkonferenz in Brüssel nur durch einen und zwar einen diplomatischen Vertreter, nämlich den dortigen Gesandten Grafen Riebenhüll, repräsentirt sein. Daß die Entsendung sachverständiger Delegirten unterließe, erklärt sich zur Genüge daraus, daß Oesterreich-Ungarn im Begriffe steht, seine Währungsreform durchzuführen, daher auf dem Brüsseler Kongress nur eine Zuschauerrolle spielen kann.

*** Wien, 14. November. (W. L. V.) In einer Versammlung Arbeiterlocher, an welcher etwa 2000 Personen, darunter zahlreiche Frauen und Mädchen theilnahmen, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher es heißt, eine Verbesserung sei nur von der Umgestaltung der Produktionsweise und der Gesellschaftsordnung zu erwarten. Die Ordnung wurde nicht gestört.

*** Prag, 14. November. In Pragbram fanden gestern Arbeiterzusammenrottungen statt; ungefähr 500 Bergleute, jumeist Mitglieder des sozialistischen Arbeitervereins, sammelten sich vor der Bergverksdirektion und verlangten durch eine Abordnung die Auszahlung der Entschädigung, welche ihnen anlässlich der Prager Katastrophe angeblich zugesagt war. Auf die Ungehörigkeit ihres Auftretens aufmerksam gemacht, handelten die Bergleute. Die Gendarmen schritten ein, verhafteten vier Räubersführer und zerstreuten mit dem Bajonett die übrigen.

*** Pest, 14. November. (W. L. V.) Dem „Magyar Ujsag“ zufolge befindet es sich, daß Graf Rudowicz definitiv zum Minister a. latere auserschieden ist. Die übrigen Minister behalten ihre Portefeuilles bei. Das frei gewordene Portefeuille des Innern würde spätestens morgen besetzt werden, womit soeben das gesammte Kabinett wieder komplett wäre.

Schweiz.

*** Bern, 13. November. Heute demonstirten etwa 1000 Arbeiter gegen den Protest, welchen 400 Bürger gegen die Wirkksamkeit des sogenannten „Arbeiterfretars“ Basiliens verbreitet hatten. Im Zuge wurde eine rote Fahne getragen und ein leibhaftiger Esel mit der Aufschrift: „Einer der Vierhundert“ unhergeführt. Basiliens wurde als der „edelfte Republikaner“ gepriesen.

*** Bern, 14. November. Der Zwischenfall Bernoud ist noch nicht beigelegt. Die Schweiz verlangt Reichsacht darüber, wie der französische Arbeitsminister Viette dazu gekommen sei, eine Angelegenheit, die sich auf schweizerischem Boden abspielte und die Schweiz allein angeht, zum Vorwand seines Einspruchs gegen Herrn Bernoud zu nehmen. Der „Bund“ meldet, der Bundesrat werde sich ohne Zweifel zu weiteren Maßnahmen veranlaßt sehen. Die Stellungnahme des Bundesrates läßt durchblicken, daß die Ratifikation der französisch-schweizerischen Handelsübereinkunft von Seiten Frankreichs kaum zu erwarten sei.

Niederlande.

*** Rotterdam, 14. November. (W. L. V.) Hier ist heute ein Cholera-Todesfall vorgekommen.

Belgien.

*** Brüssel, 14. November. (W. L. V.) Der Senat nahm die als Antwort auf die Thronrede zu erlassende Adresse an. Im Laufe der Beratung nahm der Ministerpräsident Beernaert Veranlassung, zu erklären, daß die Befestigungen von Antwerpen verbessert werden müßten.

Frankreich.

*** Wie der „Kreuz-Ztg.“ aus Paris berichtet wird, findet daselbst die von dem „Matin“ gebrachte Aeußerung, daß nun ein russisch-französischer Allianzvertrag unterzeichnet worden sei,

nirgends Glauben, und zwar abgesehen von dem Dementi, das dieser Meldung entgegengesetzt worden, deshalb nicht, weil das Mandat, welches mit dieser Meldung bezweckt wird, nämlich die französischen Finanzkreise den russischen Anlebenswerbungen zugänglich zu machen, gar zu durchsichtig ist. Bemerkenswert werden, daß Graf Montebello, der den Vertrag in Petersburg am 3. d. Mts. unterzeichnet haben soll, überhaupt noch gar nicht in die russische Hauptstadt zurückgekehrt ist.

*** Paris, 14. November. Die Gerüchte über die Unterzeichnung des französisch-russischen Bündnisvertrages, die auch in deutsche Zeitungen übergegangen sind, erregen in Pariser diplomatischen Kreisen höchstens Heiterkeit. Man ist in Paris einigermassen gegen Rußland verstimmt, da die Unterhandlungen über das Handelsabkommen zu keinem Ergebnis geführt haben. Aus derselben gut unterrichteten Quelle, aus der mir dieses mitgeteilt wird, erfahre ich ferner, daß auch die deutschen Verhandlungen mit Rußland sehr großen Schwierigkeiten begegnen.

*** Paris, 14. November. (W. L. V.) Eine den Abendblättern aus Regierungskreisen zugegangene Mitteilung besagt, daß die demnächst mit Handelsdampfern nach Dahomeh abgehenden 1000 Mann Truppen nicht zur Abfassung, sondern zur Verstärkung der europäischen Truppen des Obersten Dods bestimmt seien.

*** Paris, 14. November. Es ist falsch, daß sich die deutsche Botschaft mit der Angelegenheit der angeblich von Oberst Dods erschossenen Deutschen befaßt habe. Von Seiten der deutschen Regierung wünscht man der französischen Expedition alles Glück, da dadurch Dahomey der Kultur und unserm Handel ebenfalls erschlossen wird. Von deutscher Seite dürften Frankreich keinerlei Schwierigkeiten wegen der Annullierung des Hafens Weibach gemacht werden. Drei vor Rana erschossene Deutsche sind, wie ich erfahre, Deserteure aus der Fremdenlegion gewesen, wie überhaupt die sich so vortrefflich schlagende französische Truppe zu einem guten Theil aus deutschen Legionären besteht.

*** Paris, 14. November. Die Entrüstung über die „Raffrairie“ (Begraben in den Alten) der Panama-Unternehmung ist eine allgemeine; die Wuth richtet sich besonders gegen Jepses, dessen gerichtliche Verfolgung um jeden Preis durchgeführt werden soll. Andererseits verlangt man, die Regierung solle das Unternehmen in die Hand nehmen, damit die Aktionäre nicht Alles verlieren. Die Lage des Kabinetts ist eine äußerst schwierige. (Nach einer Meldung der „Aberle“ ist die Angelegenheit der Panama-Gesellschaft noch nicht abgeschlossen. Der General-Prokurator werde heute seinen Beschluß bekannt geben.)

*** Paris, 14. November. Bei einem Rekruten-Transporte in Compiegne beschimpfte ein Soldat den den Transport führenden Offizier und schlug ihn, als dieser ihm sein Benehmen verwies, zu Boden unter dem Rufe: „Es lebe die Anarchie! Nieder mit der Armee! Nieder mit den Offizieren!“ Der Mann wurde sofort von Unteroffizieren verhaftet. In Narbonne weigerte sich das Militär-Musikorps seinem Führer gegenüber, auf öffentlichem Plage zu spielen. Drei Mann wurden darauf beim Einrücken in die Kaserne verhaftet.

*** Paris, 14. November. (W. L. V.) In den Wandelgängen der Kammer beschimpfte man sich heute eifrig mit der angeführten Verachtung des Preßgesetzes und der Panamafanal-Angelegenheit. Es verlautet von einem Antrage auf Einleitung einer parlamentarischen Enquete betreffs der Panamafanal-Angelegenheit, der gestellt werden soll.

In Abgeordnetenkreisen will man wissen, der Deputirte Deloncle werde mit Rücksicht auf die kurze bis zum Jahreschlusse verbleibende Zeit beantragen, für den Anfang des Jahres 1893 zwei oder drei provisorische Zwischel zu bewilligen und soeben den Vorschlag für die Finanzjahre 1893 und 1894 in einem einzigen Budget zu betrachten.

*** Paris, 14. November. (W. L. V.) Deputirtenkammer. Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Reform der Getränkesteuer. Nachdem mehrere Redner sich über die Frage geäußert hatten, wurde mit 367 gegen 158 Stimmen beschlossen, in die Beratung der einzelnen Artikel des Antrags Turrel, die aus der Aufhebung der staatlichen Steuern auf Wein, Bier und Apfelwein entstehen Einnahmeausfälle durch eine Alkoholzölsteuergesetz zu decken, einzutreten. Der Abgeordnete Rottier beantragte, die von Turrel vorgeschlagene Aufhebung des Privilegs der Rohbrandweinbrenner durch eine Borsensteuer zu ersetzen. Dieser von dem Finanzminister Rouvier bekämpfte Antrag wurde mit 339 gegen 196 Stimmen abgelehnt, der Antrag Turrel hingegen betreffend die Aufhebung des Privilegs der Rohbrandweinbrenner mit 318 gegen 211 Stimmen angenommen.

*** Marseille, 12. November. Die hier wohnenden Elsaß-Lothringer haben in einer allgemeinen Versammlung zur Gründung der Association Amicale folgenden Beschluß gefaßt:

Die Elsaß-Lothringer beugen die Gründung der Association Amicale, um ihren eifrigsten und lothringischen Brüdern der sogenannten Fremdenlegion, welche sich in der Zahl von nahezu 500 in Dahome befinden, den Ausdruck ihrer brüderlichen Bewunderung zu senden. Ihr tapferes Beispiel beweist, daß überall, wo Frankreich kämpft, Elsaß und Lothringen in der ersten Reihe steht, diesmal kommt dazu, daß unsere Landsleute durch Deutsche errichtete Verschanzungen erfüllt haben. Die Versammlung der Elsaß-Lothringer beschließt, diese Resolution der französischen Presse mitzutheilen, um genau zu bezeichnen, wie sehr gegenwärtig die durch die Gewalt einverleibten Provinzen davon entfernt sind, deutsch zu sein.

Die Versammlung beschloß ferner, alle Jahrestage zu feiern, wo Preußen durch Armeen besetzt worden ist, in denen eifrigste Offiziere oder Soldaten eine besondere Rolle gespielt haben. — Lieb Vaterland, magst ruhig sein, durch Waulbeiden wird die Nacht am Rhein nicht erschittert werden.

Großbritannien und Irland.

*** London, 14. November. An dem von sämtlichen radikalen Klubs Londons veranstalteten Meeting auf dem Trafalgar Square nahmen etwa 50 000 Menschen Theil. Alles verlief in größter Ruhe. Der Hauptredner Alfred sagte unter enthusiastischem Beifall: Ich kam, um die

